

Depesche

Rot-Grünes
Wasser-
desaster

FDP im Ver-
einsgespräch

Abfallgebüh-
ren zu hoch

Koalition spart am Bürger: Höhere Steuern und weniger Leistung

So einen schlechten Haushalt gab es lange nicht: Wetzlarer Bürger müssen immer mehr zahlen und bekommen dafür immer schlechtere Leistungen. Dabei sieht der Haushalt auf den ersten Blick gar nicht so schlecht aus. Erstmals seit der rot-grünen Regierungsübernahme 2011 fällt ein Überschuss in Höhe von rund 3 Mio. Euro an.

Hat die Koalition etwa gespart? Leider nein! SPD, Freie Wähler und Grüne haben Ihnen, liebe Wetzlarer, nur tiefer in die Tasche gegriffen! Bei Regierungsübernahme betrug der Hebesatz für die Grundsteuer, die alle Wetzlarer als Hauseigentümer oder als Mieter über die Nebenkosten zahlen, 300%. Dieser Satz war 25 Jahre lang unter Kämmerer Wolfram Dette konstant. Nicht einmal fünf Jahre später hat die Koalition unter tätiger Mithilfe der schwarz-grünen Landesregierung den Satz auf 590% nahezu verdoppelt. In Euro und Cent sind aus weniger als 6 Millionen 2012 mehr als 12 Millionen im Jahr 2017 geworden. Umgerechnet muss jeder Wetzlarer – vom Säugling bis zum Greis – jetzt 120 Euro pro Jahr allein für Grundsteuer mehr bezahlen als 2012. Aber damit nicht genug: Mit höheren Eintritts in den städtischen Bädern und höheren Friedhofsgebühren werden Sie zur Kasse gebeten. Alles in allem zahlen Sie als Bürger rund 7 Millionen Euro mehr an die Stadt als zu Zeiten, in denen die FDP regiert hat.

Leider bekommen Sie als Lohn dafür, dass Sie so stark zur Kasse gebeten werden, keine zusätzlichen Leistungen. Im Gegenteil: Die freiwilligen Leistungen an Sport- und Kulturvereine, die ohnehin nur einen sehr kleinen Teil des Haushalts ausmachen und seit Jahren nicht erhöht wurden, haben SPD, FW und Grüne um 10% gekürzt. **Die Koalition spart nicht für die Bürger, sie spart an den Bürgern!**

Eigentlich müsste es der Stadt aber gut gehen. Denn die Zahlungen des Landes sind gegenüber 2012 so stark angestiegen, dass selbst nach Abzug der ebenfalls gestiegenen Zahlungen an den Lahn-Dill-Kreis noch 4 Millionen Euro mehr in der Stadtkasse verbleiben. Zusammen mit den 7 Millionen, die man Ihnen als Bürger abnimmt, hat der SPD-Kämmerer also 11 Millionen zusätzlich in seinem Säckel. Betrachtet man dann die gerade einmal 3 Millionen Überschuss und die geplanten 7 Millionen Euro Nettoneuverschuldung, fällt einem der bekannte Satz von Georg Lichtenberg ein: „Es muss anders werden, wenn es gut werden soll!“



Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Wetzlarer,

Wetzlar rückt nach links. Diese Aussage stand bereits am Anfang der letzten Depesche im Dezember. In dieser Ausgabe können Sie lesen, was es für Sie als Bürger bedeutet, wenn inzwischen fast alle Anträge und selbst der Haushalt von der Linkspartei mitgetragen werden. Da geht es um massive Erhöhungen von Steuern und Gebühren, von der Grundsteuer bis zur Wassergebühr, während die Stadt da, wo sie eigentlich die Gebühren senken müsste, auffällig träge ist – ich sage nur Müllgebühren.

Leider werden gleichzeitig die Leistungen für den Bürger immer weniger. Obwohl der Haushalt inzwischen einen Überschuss ausweist, hält die Koalition an den Kürzungen für die Vereinsarbeit fest. Unser Antrag, diese zurückzunehmen, wurde abgelehnt.

Besonders ärgerlich ist aber, dass Rot-Grün, unterstützt von Freien Wählern und Linkspartei, gleichzeitig bei ihren Lieblingsprojekten immer mehr Geld ausgibt. So haben sich die Kosten für die als Klimaschutzmanagerin verpflichtete Soziologin vervierfacht. Dies alles ist traurig. Nur kleine Lichtblicke gibt es. Die gelungene Einführung des Jugendtaxi ist ein solcher und das für weniger als 1% der Kosten der Bustickets der WetzlarCard. So kann man auch mit kleinem Geld gute Sozialpolitik betreiben. Wir jedenfalls bleiben am Ball. Herzlichst Ihr

FDP-
Stadtverordnetenfraktion
Wetzlar
Schmiedgasse 8
35578 Wetzlar

Freie
Demokraten
Wetzlar
FDP





Thomas Schermuly

Jugendtaxi Auf Antrag der FDP-Fraktion beteiligt sich Wetzlar am „Jugendtaxi“

Mit dem „Jugendtaxi“ können Jugendliche im Alter zwischen 14 und 21 Jahren freitags- bzw. samstagsabends oder vor Feiertagen verbilligt Fahrten mit dem Taxi erhalten. Das Projekt erhöht die Sicherheit von Jugendlichen beim Besuch von Veranstaltungen und Festen und ist deshalb im Sinne des Jugendschutzes eine sinnvolle Maßnahme, zumal die Kosten unter 1000 Euro pro Jahr liegen. Das Jugendtaxi wurde bereits in mehreren Kreisen erfolgreich eingeführt. Wir freuen uns, dass sich die Stadt Wetzlar auf unseren Antrag hin an dem Projekt beteiligt.



Angelika Kunkel

Kulturförderung Stadt spart an der Kultur

Die Kultur liegt uns seit vielen Jahren am Herzen. Unter Oberbürgermeister und Kulturdezernent Wolfram Dette blieb die Kulturförderung auch in finanziell schwierigen Zeiten unangetastet. Dies hat sich geändert. Zum Kalenderjahr 2016 wurde die Kulturförderung von SPD, Grünen und FW um 10% gekürzt. Im Haushalt 2017 schreibt die Koalition diese Kürzung fort. Wir halten dies für eine falsche Prioritätensetzung, zumal zeitgleich die allgemeinen Sachkosten um 600.000 Euro ansteigen. Deshalb haben wir beantragt, an anderer Stelle zu sparen und die Kulturförderung wieder auf das alte Niveau anzuheben – leider vergeblich. Unsere Anträge wurden alle abgelehnt; einzig die FDP-Fraktion stimmte zu. Kein gutes Signal für die Wetzlarer Kultur!



Jürgen Lauber-Nöll

Baugebiet Münchholzhausen braucht Klarheit

Lange geplant, Hoffnungen geweckt und am Ende doch gescheitert – so könnte man das Vorgehen von Bürgermeister Semler zusammenfassen. Seit vielen Jahren warten die Menschen in Münchholzhausen auf das Baugebiet „Schattenlänge“. Nachdem es dem Bürgermeister bei einem einzigen Grundstückseigentümer nicht gelungen war, eine Einigung über einen Ankauf zu erzielen, ließ er gleich den ganzen Bebauungsplan aufheben. In die Röhre schauen nun die vielen Bauwilligen, aber auch vor allem ältere, weniger mobile Bürger, die auf eine Einkaufsmöglichkeit im Ort gehofft hatten.



Dr. Christoph Wehrenfennig

Klimaschutz Kosten für Klimaschutzmanagerin vervierfacht

2011 verabschiedeten SPD und Grüne einen Klimaschutzplan und stellten eine Klimaschutzmanagerin ein. Dabei handelt es sich, genau betrachtet, eigentlich um eine Stelle zur Verbreitung zweifelhafter grüner Thesen wie der Auswirkung unseres Fleischkonsums auf das Klima – der Veggi-Tag lässt grüßen. Die richtige politische Ausrichtung war wohl auch das Hauptauswahlkriterium. Wie sonst ist zu erklären, dass die Stelle, die für einen Ingenieur oder Naturwissenschaftler geplant war, mit einer Soziologin besetzt wurde? Zum Ablauf der Förderung wurde der Stadtverordnetenversammlung nun einfach die Verlängerung der Stelle um zwei Jahre bei einer Vervierfachung der jährlichen Kosten mitgeteilt. Der zuständige Stadtrat Kortlüke hatte wohl Zweifel an der Unterstützung der Koalition und umging mit einer einfachen Mitteilungsvorlage eine Abstimmung in der Versammlung.



Thomas Meißner

Entsorgung Wetzlarer Bürger zahlen zu viel Abfallgebühren

Der Lahn-Dill-Kreis hat erfolgreich eine leerungsabhängige Müllgebühr eingeführt. Die Mülleimer werden nur an die Straße gestellt, wenn dies nötig ist. Abgerechnet wird nach Leerungszahl. Als Ergebnis sinken die Kosten, weil weniger Müllwagen benötigt werden und die Müllmenge zurückgeht. Im Kreis sparen deshalb alle Bürger – je seltener sie die Tonne herausstellen, umso mehr. In manchen Fällen liegt die Ersparnis über 50%. Als FDP-Fraktion wollen wir, dass auch die Wetzlarer Bürger sparen können. Bislang verhindert dies ausgerechnet der grüne Stadtrat Kortlüke, weil er mit dem ebenfalls grünen Vizelandrat Schreiber seit Monaten im Streit liegt. Leidtragende sind die Wetzlarer Bürger.

Das rot-grüne Wasser-Desaster

Unter SPD, Grünen und Freien Wählern ist Wetzlar Spitze – aber leider nur, wenn es um die Erhöhung von Steuern und Gebühren geht. Nach einer Verdoppelung der Grundsteuer in gerade einmal fünf Jahren sind nun die Wassergebühren dran. Sie sollen rückwirkend zum 1. Januar um fast 20% steigen.

Dabei waren SPD und Grüne 2011 noch mit ganz anderen Versprechen angetreten und hatten der damaligen Koalition unter Beteiligung der FDP vorgeworfen, die Bürger „abzuzocken“ (SPD-Zeitung vom März 2011), weil sie den Wasserpreis bei 1,95€/m³ konstant gehalten hatte. Heute würden sich die Bürger über eine solche Nachricht freuen.

Kurz die Fakten: Wetzlar bezieht sein Wasser zum größten Teil von der enwag. 2011 wurde die Wasserversorgung rekommunalisiert, aus dem Preis wurde eine Gebühr. Der Schritt war nötig, weil die enwag den Weiterbetrieb der Wasserversorgung hätte ablehnen müssen. Zu den vom Kartellamt geforderten Bedingungen hätte die enwag existenzbedrohende Verluste eingefahren.

Unter dem enwag-Aufsichtsratsvorsitz von Wolfram Dette verzichtete die enwag auf die Geltendmachung eines Teils ihrer Kapitalkosten, so dass die ab 2011 erhobene Gebühr nicht höher war als der bis 2010 erhobene Preis. Für den laufenden Betrieb wäre die Gebühr auskömmlich gewesen, wenn nicht der Wasserverbrauch ab 2011 immer weiter zurückgegangen wäre. Im Laufe des Jahres 2011, sicher aber ab 2012 gab es Anzeichen, dass

bei rückläufigem Verbrauch die Kosten nicht mehr gedeckt werden können. Dies bestätigte auch zuletzt der vom Magistrat eingesetzte Gutachter Schüllermann.

Rot-Grün, inzwischen in der Regierung, weigerte sich aber über eine Erhöhung auch nur nachzudenken. Zu vollmundig hatte man im Wahlkampf eine Gebührensensenkung versprochen. Auch ein von der enwag in Auftrag gegebenes Gutachten der WIBERA wurde ignoriert und stattdessen ein eigenes Gutachten eingefordert.

So sollte wohl das Ausmaß des Desasters über Oberbürgermeisterwahl und Kommunalwahl verschleiert werden. Das dicke Ende kommt jetzt: Nicht nur, dass die Gebühren kräftig steigen. Der seit 2011 aufgelaufene Verlust in Höhe von knapp einer Million Euro muss nun aus dem städtischen Haushalt bezahlt werden. Wir befürchten die nächste Steuererhöhung und die nächste Kürzungsrunde für die Vereine.

Wie schlimm die Lage ist, zeigen die hilflosen Versuche, das Thema der ehemaligen Stadtregierung in die Schuhe zu schieben: So behauptet der grüne Stadtrat, die FDP habe 2010 und später die Gebühr zu niedrig angesetzt, dabei waren es doch SPD und Grüne, die 2010 sogar eine noch niedrigere Gebühr gefordert hatten und ab 2011 mit ihrer Mehrheit jede Gebührenanhebung verhindert haben.

Dass höhere Gebühren nun unabwendbar sind, stimmt. Die Protagonis-



ten von SPD, Grünen und FW unterschlagen aber: Die enwag verlangt noch immer 3,75% Verzinsung auf ihr Anlagekapital – zu Zeiten von Nullzinsen ein stattlicher Satz. Dass Kortlücke nicht besser verhandelt hat, mag auch daran liegen, dass er nicht nur dem städtischen Wasserbetrieb, sondern auch der enwag als Aufsichtsratschef vorsteht.

Außerdem hätte man die Gebühr viel familienfreundlicher gestalten müssen. Über 70% der Kosten sind Fixkosten, aber weniger als 30% werden über die Grundgebühr abgerechnet. Das ist nicht gerecht und auch unsozial. Denn Familien mit Kindern, die mehr Wasser verbrauchen müssen, zahlen damit eine deutlich zu hohe Gebühr. Wir hatten eine gerechtere Verteilung vorgeschlagen; aber diese wollte die Koalition nicht. **So leiden ganz besonders die Schwächsten unter dem rot-grünen Desaster.**

Rot-Grüne Doppelmoral: OB Wagner deckt den Regelverstoß seines Stadtrats

Der Eigenbetrieb Wasser und die enwag als Lieferant haben gegenläufige Interessen: Der Eigenbetrieb profitiert von einem niedrigen, die enwag von einem hohen Wasserpreis. Deshalb soll niemand gleichzeitig den Eigenbetrieb und die enwag beaufsichtigen. 2010 waren es gerade die Grünen Borchers und Michalek, die gefordert hatten, diese Ämter aufgrund gegenläufiger Interessen zu trennen. Jetzt, da die Grünen regieren, gilt das nicht mehr.

Oberbürgermeister Wagner und seine Koalition scheint dies nicht mehr zu interessieren. Wagner berief ausgerechnet den grünen Stadtrat Kortlücke als Aufsichtsratschef der enwag, obwohl Kortlücke seit Jahren Chef des Aufsichtsgremiums des Eigenbetriebs ist. Angesprochen auf sein Fehlverhalten, musste Wagner den Regelverstoß einräumen. Anstatt die Regel nun konsequent anzuwenden, kündigte Wagner den verblüfften Stadtverordneten an, sie kurzerhand außer Kraft setzen zu wollen. Angeblich würde sie den Magistrat zu sehr einschränken. Wenn das keine Doppelmoral ist: Strenge Regeln zu fordern, wenn man in der Opposition ist, und sich selbst nicht daran zu halten, wenn man regiert!

Politischer Aschermittwoch in Wetzlar

Rund 30 Gäste verfolgten den politischen Aschermittwoch im Wöllbacher Tor mit Staatsminister a. D. Jörg-Uwe Hahn. In seiner Rede ging Hahn mit den im Bundestag vertretenen Parteien hart ins Gericht. „Der Kanzlerin fehlt es an Konzepten und einer Zukunftsvision für Deutschland und Europa, während die SPD unter ihrem Kanzlerkandidaten mit einer Abkehr von der Agenda 2010 die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands aufs Spiel setzt“, so Hahn.

Der Vorsitzende der FDP-Kreistags- und Stadtverordnetenfraktion, Dr. Matthias Büger, stellte mit Blick auf die lokale Situation fest, dass es einen großen Unterschied macht, ob die FDP an der Regierung beteiligt ist. So hat beim Lahn-Dill-Kreis, wo die FDP mitregiert, der Straßenbau erste Priorität und die Energiepolitik wird ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Effizienz und Einsparung betrieben. Dagegen verzettelt sich in der Stadt Wetzlar, wo SPD, Grüne und FW alleine regieren, die Politik mit Randthemen wie der „essbaren Stadt“ und betreibt eine ideologisch geprägte Energiepolitik. Auch finanziell sind die Unterschiede deutlich. Während Wetzlar seine Bürger immer mehr zur Kasse bittet und die Zuschüsse für Vereine kürzt, ist der Kreishaushalt ohne Umlagenerhöhung ausgeglichen und die freiwilligen Leistungen bleiben auf dem bestehenden Niveau.



V.l.: Wolfram Dette, Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn und Dr. Matthias Büger

FDP-Fraktion sucht das Gespräch mit Wetzlarer Vereinen

Wie in den Vorjahren bat die FDP-Fraktion Vertreter der Wetzlarer Vereine zu einem Gespräch über ihre Lage. Fraktionsvorsitzender Dr. Matthias Büger betonte, dass die zahlreichen Vereine einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben der Stadt leisten. Leider haben sich die Rahmenbedingungen, unter denen die Vereine arbeiten müssen, nicht zuletzt durch die 10%ige Kürzung der Fördermittel durch die SPD-FW-Grüne-Koalition verschlechtert. So berichtete die Kulturgemeinschaft von einem Konzert, das man pro Jahr weniger veranstalten könne.

Der Theater- ring ist durch Kürzungen bei der Erstattung



V.l.: Heike Hermenau, Mathias Winter, Dr. Matthias Büger, Angelika Kunkel, Thomas Schermuly und Joachim Eichhorn

der Raummieten betroffen, während der Geschichtsverein unter dem Wegfall der Vortragsräume im Stadthaus leidet. Wie viel Aufbruch es in der Stadt gibt, zeigte nicht zuletzt die Kulturstation, die als Verein in neuen Räumen weitermachen will. Wir unterstützen dieses Vorhaben und hoffen, dass die Stadt hier die richtigen Prioritäten setzt. Jeder Verein hat andere Herausforderungen. Einig war man sich aber darin, dass eine stärkere Vernetzung der Vereine sinnvoll ist. Die Anregung, dass sich alle Vereine auf der Homepage der Stadt präsentieren können sollen, wird die Fraktion aufgreifen und weiter verfolgen.

LEUTE LEUTE

Die FDP-Fraktion gratuliert ihrem Vorsitzenden:

Dr. Matthias Büger hatte herausragende 92,3% bei der Wiederwahl als **Schatzmeister der hessischen FDP** beim Landesparteitag in Hanau erreicht. Büger führt die Kasse der Landespartei seit 2015.



Der Förderverein der Diakoniestation Wetzlar wird vom Vorsitzenden **Erich Wehrenfennig** geleitet. Dabei wird er von seiner Vertreterin und Stadträtin **Sigrid Kornmann** bei der Sorge um kranke und alte Menschen unterstützt. Die FDP Wetzlar freut sich, dass ihre Mitglieder in so vielen unterschiedlichen Bereichen ehrenamtlich aktiv sind.



Impressum

Herausgeber
FDP-Stadtverordnetenfraktion Wetzlar
Dr. Matthias Büger
V.i.S.d.P.
Dr. Matthias Büger
Schmiedgasse 8
35578 Wetzlar
Bearbeitet von Christiane Lühr
Druck: wd print + medien

Kontakt

Telefon: 06441/42592
E-Mail: info@fdp-wetzlar.de

Freie
Demokraten

Wetzlar FDP